

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Hauptredaktion: Amt Norden 2593 und 2596.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Hauptredaktion: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Bestellen Sie die lebensgroße Plakatgröße oder besten Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 20 Prozent. Bei Familienanzeigen und Veranlassungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Sonntag, den 23. November 1918

Nummer 16

Souveränität der A.- und S.-Räte.

Vollzugsausschuß und Reichsregierung.

Amtlich wird bekanntgegeben:

Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Ubergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldaten-Räte von Groß-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten:

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist es, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.
2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin aus.
3. Die Bestellung des Rates der Volksbeauftragten durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive der Republik.
4. Die Verurteilung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch Verurteilung, erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.
5. Vor der Verurteilung der Minister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Sobald als möglich wird eine Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentreten. Der Termin wird noch bekanntgegeben werden.

In Anbetracht an diese Vereinbarung, die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung festsetzt, sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.

Diese Kundgebung schafft endlich Klarheit über die Abgrenzung der bestehenden Gewalten. Danach übt der Berliner Vollzugsrat im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Groß-Berlin die politische Gewalt aus, bis eine alsbald einzuberufende Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen zentralen Vollzugsrat der deutschen Republik wählt. Die ausübende Gewalt liegt in den Händen des Rates der Volksbeauftragten, dem gegenüber der Vollzugsrat das Recht der Verurteilung und Abberufung der Regierungsmitglieder wie auch das Recht der Kontrolle inne hat.

Wir begrüßen die erzielte Einigung und erwarten auch von den angeklügeltsten Richtlinien für die A.- u. S.-Räte, daß sie sobald wie möglich Klarheit in die bestehenden Verhältnisse hineintragen.

Richtlinien für die deutsche sozialistische Armee.

a. Dienstfragen.

Die Auskunftsstelle des Soldatenrates teilt mit:

1. Die Armee zerfällt in Mannschaften und Führer.
2. Die Führer werden gewählt.
3. Im Dienst herrscht militärische Disziplin.
4. Der Gruß ist das Zeichen kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit.

5. Vorgesetzte werden nicht mehr in der dritten Person angeredet.

b. Bekleidungsfragen.

1. Die alten Reichs- und Landesfarben als Abzeichen des bisherigen militärischen Staates werden abgeschafft. An ihre Stelle tritt die rote Kokarde als Abzeichen der sozialistischen Republik.

2. Ärmelstücke und Degengürtel fallen als Abzeichen einer früheren Rang- und Klassenordnung ebenfalls fort.

3. Die Führer tragen unterschiedslos die gleiche Bekleidung, bestehend aus Bluse, Rock und Mantel.

4. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden.

5. Die gewählten Führer dürfen das Abzeichen ihres Ranges nur im Dienst tragen. Dasselbe besteht in einer roten Binde, und zwar tragen:

Gruppenführer: Die rote Binde ohne Streifen.

Zugführer: Die rote Binde mit einem schwarzen Streifen.

Kompanieführer: Die rote Binde mit zwei schwarzen Streifen.

Bataillionsführer: Die rote Binde mit drei schwarzen Streifen.

Die künftige Finanzpolitik.

Ein Programm des bayerischen Finanzministers.

Einem Vertreter der „Berliner Tageblätter“ gegenüber entwickelte der bayerische Finanzminister Prof. Edgar Jaffe sein finanz- und wirtschaftspolitisches Programm. Das sozialistische Ziel einer vollkommenen Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erklärte er zwar für einen künftigen Idealzustand, dem man zustreben müsse, das aber noch nicht ohne weiteres verwirklicht werden könnte. Zunächst zwingt eine innere Notwendigkeit, in der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu bleiben. Doch könne auch darin sogleich mit einer sozialen Umgestaltung begonnen werden, wie beispielsweise durch Einführung des Achtstundensarbeitstages, weitgehende Entlastung der unteren und mittleren Schichten von drückenden Steuern, Aufhebung des Grundbesitzes, grundlegende Reformen des städtischen Wohnungswesens usw. Dann könnte in den hergebrachten Formen die direkte Besteuerung beibehalten werden unter starker Steigerung der Belastung der großen Einkommen und Vermögen. Ferner käme eine Vermögensabgabe in Betracht, eine Heranziehung der Kriegsgewinne bis zu 50 Prozent, eine Reichserschäftssteuer, das Erbrecht des Reiches und anderes mehr. Auch indirekte Abgaben durch Einführung finanzieller Monopole wären ins Auge zu fassen, aber nur soweit es sich um Dinge handele, die durchaus entbehrlich seien. Dazu wolle eine Ausdehnung der Warenumsatzsteuer zu einer gestaffelten Belastung aller Luxusgüter mit stark progressiven Sätzen treten.

Zugleich wäre mit der Vergesellschaftung solcher Unternehmungen zu rechnen, die sich schon zu Privatmonopolen ausgewachsen hätten, wie beispielsweise das Versicherungswesen und das Spartenbankwesen. Eine Verstaatlichung gerade dieser beiden Wirtschaftszweige würde besonders auch wichtig werden für die Sanierung der lästlichen Verschuldung und die Neuordnung des städtischen Wohnungswesens. Weiter wäre zu denken an staatliche Kraftmonopole und bestimmte staatliche Handelsmonopole.

Die Folgen des Krieges hätten die schon im Frieden mächtige Tendenz zur Ausdehnung aller unwirtschaftlichen Existenzen und zur äußersten Konzentration der Betriebe ungebrochen verstärkt. So ergäbe sich eine fast unerschöpfliche Machtquelle und Gewinnmöglichkeit der Groß- und Kleinst-Unternehmungen. Da sei der Staat berechtigt und verpflichtet, seinen Anteil zu fordern. Wir können jetzt schon infolge des Rohstoffmangels und der notwendigen Kontingenzregistrierung der Einfuhr zur Zusammenfassung aller Berufszweige in Kartellschemen. Im Kosfalle müsse sie von Staat erzwungen werden. Dadurch verwandle sich der früher freie Wettbewerb in ein staatlich gesichertes Monopol. Das bedinge aber eine staatliche Festsetzung der Höhe der Verkaufspreise und der Arbeitslöhne. Bei der Festsetzung werde nicht mehr das Prinzip von Angebot und Nachfrage maßgebend sein können, sondern der Grundlag der Vergütung der Produktionskosten plus dem landesüblichen Gewinn werde zu gelten haben.

Rücktritt Lord Robert Cecil.

Lord Robert Cecil ist infolge von Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung in der Frage der Walfar-Rückentrennung zurückgetreten. „Evening News“ erzählt, daß auch der Nahrungsmittelkontrollant Glines sich entschlossen habe, aus der Koalitionsregierung auszuscheiden.

Müssen wir verhungern?

Deutschlands Lebensmittelversorgung während des Waffenstillstandes.

Wir müssen klar sehen. Deutschland steht vor einer Krise, drohender und unheilvoller als das russische Chaos. Überall werden Befürchtungen darüber laut, ob wir über diesen fünften Kriegswinter hinwegkommen werden.

Droht eine Hungersnot? Wir sind schon durch die vier furchterlichen Jahre, die hinter uns liegen, gesundheitlich zerrüttet, wir sind ausgeemgelt; wir haben vier Jahre gehungert und gedurft. Ist es möglich oder wahrscheinlich, daß wir nunmehr, wo das Norden auf dem Schlachtfeld zu Ende ist, am Schluß in der Heimat noch verhungern?

Verheßen wir es uns nicht. Weiße Kreise der Bevölkerung sind in großer Unruhe; allgemeine Kapflucht und Panik drohen das Uebel zu veräppeln, die Verwirrung zu vermehren.

Wir sind in der schlimmsten Lage, in der sich unser Land und unser Volk je befunden hat. Ist aber Grund vorhanden, in lähmende Verzweiflung zu verfallen?

Wir müssen klar sehen. Uns von jeglicher Schwarzseherei, aber auch von sorgloser Schönfärberei uns hüten. Und gerade weil in den letzten Tagen die schlimmsten Klarmachrichten hinaus ins Land gegangen sind, müssen wir doppelt sachlich sein und die Dinge mit kaltem Blut, wenn nötig, mit zusammengebissenen Zähnen so sehen, wie sie sind.

Das verstorbene Regime hat uns ein schlimmes Erbe hinterlassen. Die Ernte ist nicht so ausgefallen, wie man erwartete und wie es nötig gewesen wäre, um allen Anforderungen eines nochmaligen Kriegswinters gerecht zu werden. Die besetzten Gebiete, aus denen man Reservewaren erhalten gehofft hatte und die Hunderttausende miternährt hätten, mußten geräumt werden; die baltischen Provinzen, Polen, Ukraine, Rumänien kommen für die Versorgung Deutschlands nicht mehr in Betracht. Die unerhörten Waffenstillstandsbedingungen, dazu der Doh der Entente, besonders Frankreich, lassen vorläufig keine Hoffnung auf sofortige Zufuhr aus den Erzeugungsgebieten der Erde. Wir müssen uns darauf einrichten, daß wir von der Entente wenig oder gar nichts zu erwarten haben. Das Wenige, was auf dem Wege über neutrale Länder, über Holland, Dänemark und vielleicht auch über die Schweiz nach Deutschland wird hereinkommen können, wird ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein sein.

Müssen wir verhungern?

In der Verleumdung der Soldatenräte Groß-Berlins erklärte Barth, daß Deutschland aus eigenen Beständen in vierzehn Tagen kein Mehl, in drei Monaten kein Mehl und in einem halben Jahre keine Kartoffeln mehr haben werde. Nicht genug damit verringere sich die vorhandene Menge noch um 20 bis 40 v. H., wenn die Zufuhr aus den östlichen Reichsgebieten abgeschnitten würde.

Die Mitteilungen Barths sind von dem Beauftragten des Ernährungsamtes, dem Genossen Wurm, teils bestätigt, teils ergänzt worden. Die Angaben, die das Kriegsernährungsamt nach der diesjährigen Ernte wiederholt gemacht und wiederholt bekräftigt hat, sind falsch. Wir sind also auch von dieser Stelle in ganz unverantwortlicher Weise getäuscht worden. Es scheint auch, daß gerade in den letzten Wochen riesige Vorräte durch Schiebungen und Veruntrennungen, vor allem durch Verdrückenslisten und Verstecken dem Machtbereich des Ernährungsamtes entzogen worden sind.

Aber wir haben Grund zu der Annahme, daß die Ausschichten nicht ganz so bedrohlich sind, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Es sind noch Lebensmittel in genügenden Mengen vorhanden, sie müssen nur erfährt und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Mit dem Militarismus ist es aus bei uns; endgültig aus. Die wohlgefüllten Proviantmagazine des Heeres, die den Frontbedarf sicher zu stellen hatten und auch sicher stellen

haben für den Fall, daß die Truppen in ihrer Ernährung nicht mehr auf das besetzte Gebiet angewiesen sein sollten, sie stehen nunmehr der gesamten Bevölkerung zur Verfügung. Sie müssen als Nahrungsreserve für die Großstädte bestimmt werden.

Vor allem aber, es gibt tatsächlich noch sehr viele Lebensmittel in der Stadt und auf dem Lande, die die frühere Regierung nicht erfassen konnte oder wollte. Und zwar in solchen Mengen, daß uns vorläufig jedes Schätzungsvermögen darüber abgeht. Die Redereien in den Schächern Wilhelm von Hohenzollern und Friedrich August von Sachsen haben uns einen Blick in die Speisekammern der Fürstlichkeiten tun lassen, die denen an der Front und denen zu Soule ständig das Durchhalten predigten. Der Exzar von Bulgarien erhielt während seines kaiserlichen Aufenthaltes in Somburg für sich und seine Familie so viel Fett und Weizenmehl und Ruder und Milch usw. zugewiesen, wie die ganze Stadt Somburg. Zweiundzwanzig Dynastien hotten wir in Deutschland und eine Unmenge anderer Fürstlichkeiten, die sich wohl in derselben Weise eingedeckt hatten. Dazu die privaten Kammermeister der Kriegsgewinnler und des Geldadels. Hier muß aufgeräumt und ausgeräumt werden. Der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat hat sich ein Verdienst erworben dadurch, daß er den Anfang machte und eine umgebende und kurzfristige Beschlagnahme sämtlicher Kammerverräte in privaten Haushaltungen, die über ein bestimmtes Quantum hinausgehen, verfügte. So ist es recht, und das Beispiel verdient ungezügelter Nachahmung. Es wird eine ganze Menge zusammenkommen, und wenn es auch nur so viel ist, um die Bazare, Krankenhäuser, Kinderheilstätten vor allem der Städte zu versorgen und um den ärmeren Kranken einen Zuschuß zu ihrer Ration zu gewähren.

Draußen auf dem Lande sind noch gewaltige Lebensmittelvorräte. Sie müssen nur aus Licht gebracht werden. Das Land hat bisher noch nicht gedacht. Der Bauer hat zwar manches entbeert, aber er hat nicht gehungert. Er hat den Schmachtrien nicht enger zu schnallen brauchen wie der Städter. Und er hat auch stets sich auf Monate hinaus eindecken können. Gewiß, man hat auf dem Lande sehr viel beschlagnahmt. Aber man hat an den falschen Stellen zugewandt. Man hat durch tausend Schikanen und Plackereien die kleineren Besitzer erbittert und bei den Großbauern und Großgutsbesitzern nicht ein, sondern gar zwei Augen zugebracht. Man hat dem armen Städter seine paar Pfund mühsam erworbene Kartoffeln beschlagnahmt und ihn noch dafür bestraft und Getreide, Obst und Hülsenfrüchte derweilen wagon- und eisenbahnunweise verschoben lassen. Hier muß wacchariffen werden. Erlassung der Lebensmittel beim Produzenten, in erster Linie beim Großhändler und rückwärts Unterbindung aller Lebensmittelgeschichten, allen Lebensmittelwuchers. Von sachverständiger Seite wird die Menge der im Schieberhandel kursierenden Lebensmittel auf mindestens die Hälfte, möglicherweise aber auf dieselbe Höhe geschätzt, wie die der im rationierten Verkehr befindlichen.

Vielfach wird darauf verwiesen, daß infolge der Grippe-epidemie und auch infolge der Ereignisse der letzten Wochen die Ernte, vor allem die Kartoffelernte nicht rechtzeitig habe eingebracht werden können und daß infolgedessen die noch in der Erde ruhenden Kartoffeln zu Millionen Zentnern dem Erfrieren ausgeliefert wären. Die Gefahr ist nicht ganz so schlimm. Die von hochverstandigen Landwirten zugegeben und durch die Erziehung bestätigt wird, können die Kartoffeln während des Frostes ohne Schaden weiter in der Erde verbleiben. Sie dürfen nur nicht während des Frostes, sondern erst während einer Tauperiode geerntet werden. Es handelt sich also nur darum, in diesem Falle rechtzeitig Arbeitslosenkommandos in die betroffenen Gebiete zur klebrigen Einbringung der Kartoffeln oder auch Rüben zu senden; und an Arbeitslosen wird es in der nächsten Zeit kaum fehlen.

Wichtiger ist die Frage, ob durch den Waffenstillstandsvertrag bzw. durch die anschließenden politischen Ereignisse in Deutschland selbst noch Lebensmittel-

Disierungs-Gebiete ausfallen könnten. Im Westen liegen die Dinge verhältnismäßig einfach. Eine Zeitlang wird der Rhein die Westgrenze Deutschlands bilden. Ob und inwiefern ein Güterverkehr zwischen dem links- und dem rechtsrheinischen Gebiet möglich sein wird, steht noch nicht fest. Jedenfalls ein Ausfuhrgebiet für Lebensmittel war das Land links des Rheins bisher nicht; selbst die unmittelbare benachbarte rechtsrheinische Zone ist von ihm gar nicht oder in nicht nennenswertem Maße mitversorgt worden. Eine Lebensmittelkrise im Westen wird durch die zeitliche Abtrennung des linken Rheinstfers nicht eintreten. Und das linksrheinische Gebiet selbst, das übrigens besonders im Norden und Süden infolge der Truppeneindringung aufs ängstlich angelegene ist, braucht in unsere Verfassungen nicht einbezogen zu werden, da die Entente schon im Interesse ihrer Truppen für seine Verproviantierung sorgen wird.

Schlimmer liegen die Dinge infolge der politischen Umtriebe im Osten. Zumal Berlin ist auf Verlegung durch die Provinz Polen angewiesen. Wenn die polnischen Großgrundbesitzer durch Obstruktion oder Sabotage die weitere Ablieferung von Lebensmitteln unmöglich machen sollten, wäre die Reichshauptstadt unter Umständen von einer akuten Lebensmittelnot bedroht. Denn gerade die Provinz Polen hat erhebliche Ueberüberschüsse an Getreide und Kartoffeln nach dem Westen abgegeben. Die Lage wäre dann um so kritischer, als durch polnische Wirren der Eisenbahnverkehr nach West- und Ostpreußen unterbunden oder wenigstens gestört werden könnte; und hier liegen die Reserven für Berlin und eine Reihe anderer Großstädte.

Unseres Erachtens ist das Schlimmste nicht von einem Mangel an Rohungsmitteln, sondern von einem Verlegen der Verteilungsmöglichkeiten zu befürchten, also von einem Verlegen des Verkehrs. Sei es, daß — etwa im Osten — politische Verwicklungen Hemmnisse hervorrufen und die Zufuhr abbrechen könnten, sei es, daß die Organisation verfaule, daß nicht genügend oder kein brauchbares Wagenmaterial gestellt werden könnte und daß Verwirrung im Eisenbahnbetrieb, besonders an den in erster Linie gefährdeten west- und südwestdeutschen Bahnknotenpunkten entstehen würde.

Eines muß aber die Regierung sich besonders angelegen sein lassen. Von den einzelstaatlichen Behörden aus den früheren Monaten sind noch eine ganze Anzahl von Ausfuhrverboten und Durchfuhrerklärungen für Lebensmittel in Geltung. Es ist unbedingt nötig, daß diese Verfügungen aufgehoben werden. Auch diese Schlagsäume müssen fallen. Die Dinge liegen doch so, daß wir uns auch nicht den kleinsten Rest von Partikularismus leisten können. Es wäre einfach unverantwortlich, wenn man selbst in diesen kritischen Tagen noch nicht gelernt hätten, über den eigenen Nahrungsbereich hinauszusehen. Seien wir nicht nur Bayern, Hessen, Sachsen, Rhein- und Westfalen oder Preußen; lassen wir die Eifersüchtigen und Eignerzigen einer Epoche die hiner uns liegt. In einer Republik, in einer sozialistischen Republik ist kein Platz dafür.

Die Ausichten für die Lebensmittelversorgung in den nächsten Monaten sind also zwar sehr schlimm, aber doch nicht so schlimm, um eine sichere Katastrophe schon heute an die Wand zu malen. Es gilt, verschiedene, durch die besonderen Verhältnisse besonders bedrohte Punkte, in erster Linie Berlin und das weiltliche Industriegebiet, in zweiter Linie den sächsischen Industriebezirk besonders im Auge zu behalten. Es gilt zu sparen, zu sparen wo es irgend angeht. Es gilt jedoch namentlich Rücksichtslosigkeit, Organisation und noch einmal Organisation.

Hindenburg und Stamp'er.

Die ganze propagandistische Kraft des Bürgerturns ruht jetzt dahin zu wirken, dem Proletariat die Ausübung seiner Macht zu verflümmern, seine Bewusstsein von allen energischen Schritten abzuhalten und eine Panikstimmung zu erzeugen. Durch deren Ausnützung hofft es gute Geschäfte bei der Wahl der Nationalversammlung zu machen. Deshalb soll ja diese Versammlung so rasch als möglich zusammentreten.

Sein Sterben ging am letzten Tag des Monats zu Ende. Vergonnen hatte es genau zwei Wochen vor dem. Seine Krankheit war Kampf. Kampf gegen den lebendigen Leib, den Teil seines Menschen, der Uniform trug. Ein wildes Ringen gegen den tierischen Lebensinstinkt, der sich einträgt in den Reimboden der Lüge vor der Sprengkraft der Erkenntnis. Soldaten sterben entweder oder bleiben am Leben. Entweder — oder! Welch Ungeheuer scheidet hier zur Rechten und zur Linken? Nur die Verzweiflung antwortet: Gott! Oder die Lüge! Oder die Mordel! Oder die, welche sie schaffen, die Herrschenden! — Menschen aber, wenige, die nicht lügen können und nicht verzweifeln, müssen erkennen. Vielleicht zerbrechen sie und lassen sich von dem törmelnden Wünsche, zu leben werden im Heer der Millionen. Vielleicht sterben sie. Jeder Tod ist selten. Western ist ihn einer gestorben.

„Besteller der Reserve R. J.“
Ein Krankenblatt wie alle anderen Die Daten sorgfältig eingetragen. Gleichsam ein Stedbrief des Todes. In schablonenhaften Worten das Bild des Menschen. Dineingepreßt wie in eine Uniform. Eine der vorhandenen Stützen muß passen.
Befund: der Patient ist wohlgebaut, groß, schlank, kräftige Muskelatur.

Die Diagnose ein einziges Wort: Nervenschwächung. Weiter unten von anderer Hand wie zur Vorschau mit Kleinstift geschrieben: Wenigstens! Dann in militärischer Kürze die Anamnese und eigentliche Krankengeschichte. Der Patient erklärt, am 15. nach einem Vajonettangriff auf einen feindlichen Schützengraben bei Sonnenaußgang bewußtlos zusammengebrochen zu sein. Am 16. und 17. im Kriegslazarett H. Patient wurde am 18. abends hier eingeliefert. Bei vollem Bewußtsein. Starcker Ausdruck der Augen Patient sprach wenig. Sonst nichts Auffälliges. Am 24. Schwächerer Puls. Abends plötzliches Fieber. Am 25. und 26. ebenfalls wechselndes Fieber. Im übrigen unverändert. Am 27. Bewußtlosigkeit. Mittags Funktion des Rückenmarks. — Weiter war am Morgen nach dem Tode das Blatt nicht gefaltet.

Wie die Wolken auf den Kirchturm zuziehen; reitende Batterien in Kampf. So jagen sie. So häufig. Nur ruhig. Nicht drängen sie, schieben sich Ganz still, lautlos, himmlisch still — Wie die breiten Regenschäden über den Ader Spiegel. Sie allein haben noch Licht in der späten Nacht. Und ein paar blanke Birken stehen im Dunkle. Zwei, drei, mit sanfterm Schritt Abstand. Und weiter hinten ganz ohne Blick, noch ein feindlicher Baum. Eine feindliche Warte? Häherlich.

An die Spitze dieses Treibens hat sich der „Vorwärts“ gestellt, der offenbar nicht rasch genug die gewohnte Einheitstfront mit dem Bürgerturn wieder herstellen konnte. Aus törichter Angst vor dem „Völkchensmum“ ist er anheimelnd betritt, auf die sozialistische Fortführung der Revolution lieber zu verzichten als die Rückversicherung bei der Bourgeoisie preiszugeben, auf die die Rechtssozialisten während des Krieges stets spekuliert haben.

Seine Stunde vergeht mehr ohne Kundgebungen, die den Teufel an die Wand malen, um das brave deutsche Volk einzuschüchtern und zu entmutigen und alle Vertreter des Alten schieben sich wieder in den Vorbergrund. Da telegraphiert Herr Hindenburg ganz wie in alten Zeiten. Er stellt mit, was wir alle wissen, daß das deutsche Heer nicht mehr imstande wäre, einen Kompf anzunehmen und daß die Gegner von einer Milderung der Waffenstillstandsbedingungen nichts wissen wollen. Soweit, so gut. Dann aber begibt sich der General plötzlich auf das innerpolitische Gebiet und erzählt uns, daß aus? erungen der feindlichen Presse hervorhebt, daß die feindlichen Regierungen nur mit einer deutlichen Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützt, Frieden schließen werden.

Es ist sehr nett, daß Herr Hindenburg plötzlich so viel Wert auf die Volksherrschaft legt, derselbe Hindenburg, der im Verein mit Ludendorff den Reichstag wie einen Schupstüber behandelt hat. Aber wir möchten doch meinen, daß der General sich jetzt auf seine militärischen Funktionen zu beschränken hat. Will er politisch agieren, so steht es ihm frei, aber nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann. Bis dahin möge er den amtlichen Trakt zu amtlichen Zwecken gebrauchen!

Der „Vorwärts“ aber ist natürlich von diesem Fronzeugen entzückt, und er läßt sich seinerseits nicht spotten. Erzählt und Hindenburg, daß die Entente wieder den Krieg beginnen würde, falls nicht schnellig die Nationalversammlung kommt, so muß der „Vorwärts“ den Herfall Deutschlands aus. Im Rheinland sei eine tiefe Stimmung vorhanden, entweder sich unabhängig zu machen oder sich an Frankreich anzuschließen. Deshalb sofortige Ausschreibung der Wahlen.

Davon sind wir überzeugt, daß die Besonderen zu jedem Terrat fähig wären, wenn sie dadurch ihren Vorrat retten könnten. Aber da würden sie denn doch die Meinung ohne die Arbeiter machen, die sich so leicht ihr Deutschland nicht geteilen und geteilt sehen. Sie werden sich auch durch alle diese Wander und Drohungen nicht ins Wochshorn jagen lassen, sich nicht abhalten lassen, das Notwendige zu tun, das Notwendige für das Proletariat und den Sozialismus.

Auch wir sind der Meinung, daß die künftige Verfassung der großen deutschen Republik aus dem Willen der großen Mehrheit des ganzen Volkes geboren sein muß. Aber wir lassen uns nicht eine Verfassung von Panikmachern aufstrotzen. Um die Wahlen zu ermäßigen, bedarf es Zeit und diese Zeit muß ausgenützt werden, die proletarische Macht zu festigen und zu mehren. Der „Vorwärts“ täte besser daran, statt Arm in Arm mit allen reaktionären Schichten die Panikmache zu vermehren, sich auf sozialistische Pflicht und sozialistische Arbeit zu besinnen!

Der frühere Kaiser.

Paris, 22. November. (Sobal.)

„Petit Journal“ schreibt über die Internierung des früheren Kaisers: Bis her haben die alliierten Regierungen noch nicht über das Schicksal des Kaisers und eine etwaige Forderung nach Auslieferung eine entschieden. Sie haben die Niederlande immerhin wissen lassen, daß sie eine Vorangbehandlung des früheren Herrschers nicht zulassen könnten. Holland führe zu seiner Rechtfertigung an, daß der Kaiser seit seiner Abdankung aufgehört habe, Soldat zu sein, und daß er infolgedessen wie ein einfacher Privatmann behandelt werden müsse.

Die Alliierten lassen die frühere Herrscher vorläufig interniert werde. Sie weisen die Niederlande darauf hin,

Wie das Regenwasser sich durch den Reimboden bohrt Winzige Laufgräben die Wand hinab. Die Tropfen arbeiten gleich Würmern im Holz. Nur ruhig. Ganz still, lautlos, sata-nisch still.

Wie das Wasser im Graben sich löst. Kamerad! Schläfst du? Was ist morgen für ein Tag? Wstern. Heute. Wie die Tage sich ineinander schieben. Aderscholle in Aderscholle. Ohne Grenze. Die Zeit ist ein Chaos. Das ist der Krieg. Ohne Grenze. Ein Chaos. Und doch gab es einmal Grenzen und Ordnung. Wie abhängig die Gefühle von den Menschen sind. Abhängig von der Erde, vom Dach. Der Krieg stürzt sie alle. Der Krieg will es in seinem Wahnsinn.

Wie der Krieg sich durch unsere Hirne bohrt, daß wir alle den Wahnsinn wollen. Und doch hat ihn erst niemand gemollt. Niemand. Wir alle nicht. Und nun ist er da. Wo: er da ist, und in uns arbeitet gleich Wstern im Holz. — Der Teufel hat ihn! Es gibt noch Menschen. Sie wollen ihn nicht, wollen die Unvernunft nicht. Wenn sie befehlen könnten! Warum können sie nicht befehlen? Weil sie nicht herrschen? Warum sifert ihr Wille nicht in die Hirne? Ihr harter Wille. Und schafft Ordnung. Tropfen auf Tropfen Ganz still, lautlos, himmlisch still.

Wie der Mond still steht und die Wolken auseinander treiben. Ob es wieder regnen wird? Wie der Rebel gegen uns anläuft. Jetzt schließt er sich um die ersten Säulen. Wie er über die Toten hinreicht. Man sollte sie begraben. Wo? Wenigstens zuhaken, wie sie liegen. Freund und Feind. Re? Häherlich. Die Toten sind gleich, hielten alle Freundschaft. Daß n. Dazu sterben müssen, die Menschen. Das ist der Krieg. Das will er. Will er das?

Wie der Rebel tanzt. Gestalten. Der Feind. — Kamerad, schläfst du? Tag! Wie die silbernen Wasserfäden immer blanker werden unter dem weidenden Grau. Wie tief mag da Wasser sein? Daß man das Gesicht einatmen kann? Es spiegelt den Himmel. Blauen Himmel. Wie blank doch meine Augen sind, gar nicht übermäßig.
Tag! Das Licht springt über die Blöße, um die Säulen: ein blühender Vajonettangriff.

Warum hast du deine blauen Augen noch ein? Ich schlafen, du, den ich stete? Ich habe es nicht gewollt. Warum jant dem Kopf hinüber, daß du mir aus dem Wasser entgegen-sehen mußt wie mein Spiegelbild?
Der Krieg hat es gemollt. — Warum hast du dich nieder- gerade dich aus den Hunderten im Graben, der du mich ansahst mit meinen Augen?

Der Spiegel.

Von Ulrich Steinbock.*

Western abend ist er gestorben. An Herzschwäche. Daß man an allzu starkem Herzen sterben kann, will niemand hören. Es ist Krieg. Starke Herzen suchen die Schlacht. Da werden sie zerbrochen oder kloppen weiter, wie der Tod kommandiert. Das sind die Herzen des Tages. Der Tod reitet ihre Reihen ab. In Uniform. Unter dem selbigen Mantel klappern seine blauen Rippen, wenn er lacht. Warum soll der Tod nicht lachen? Der Tod in Uniform ist satanisch, denn er ist ungerecht. Wer nicht als Soldat stirbt, dessen Sterben gilt der Zeit nichts. Das ist so die Mode des Krieges, angebracht von denen, die in Todesdingen den Ton angeben, den Herrschenden. Und die Menschen machen die Mode mit. Wie Männer wie Frauen, wie Kinder. Darum wolle sie alle Soldaten sein, oder doch soldatenhaft fühlen oder doch wenigstens Soldaten spielen. Und auch der Tod macht die Mode mit. Darum lacht er. Die Herrschenden haben eiserne Kreuze für ihre Getreuen. Der Tod nicht sie aus mit Holzkreuzen. Auch darum lacht er. Er ist ungerecht.

Der gestern abend gesto den ist, war Soldat. Aber er ist nicht als Soldat gestorben, nicht in der Schlacht gelassen ist er, nicht seinen Wunden erlegen, auch keine Krankheit, an der Soldaten sterben dürfen. Der Tod hat sich an die Uniform gehalten. Er kann so satanisch sein. Er hat Recht befohlen, und der Junge ist aus der Welt gegangen. Sein Bild war ihm nicht hold, wird die Welt sagen, die der Mode unterliegt. Viele, die ihn lieb gehabt haben wollen, trösten sich mit dem eisernen Kreuz, das da kommen wird. Seine Mutter wird es trösten, ja, auch seine Mutter. Und manche werden sagen: Schade, daß er nicht beim Einmangriff auf den Schützengraben geblieben ist. Die Mode ist so satan. Warum soll der Tod nicht lachen?

Aber seine blauen Augen haben die Mode gehabt. Und an diesen Augen ist er gestorben, und daran, daß sein Herz zu hart war, um seine Menschheitsliebe zerfleischn zu lassen zur Liebe des Soldaten. Der Tod hat sich an die Uniform gehalten.

Der Stabsarzt, ein verdorrtes Männlein in Reiterhose, kam und lächelte während der letzten Atemzüge den Puls. Dann stand er vom Bett auf. „Herzschwäche“, sagte er. Die Sporen klirren. Und es klang, als wachte er seinem Vergehen, dem Tod, eine Weidung: so enttäuschend.

... hat sie eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie in diesem Punkte nicht Genauigkeit haben. Sie machen alle Vorbehalte hinsichtlich der weiteren Entscheidungen, die sie etwa später treffen könnten.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen.

Da die gegnerischen Regierungen in folgende Note gerichtet worden:

Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsass-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Brüssel und zwischen Metz und Saargemünd, und zwar einschließlich von Louvain und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsass-Lothringen bzw. Luxemburg zu schlagen. Der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder ist nicht beachtet worden.

Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Abhängigkeit dieser Gebiete feierlich Verwahrung ein.

Soll.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Ferner hat die deutsche Waffenstillstandskommission den gegnerischen Vertretern folgendes mitgeteilt:

Auf der linken Rheinseite, insbesondere im luxemburgisch-lothringischen und im Saargebiet, werden außerordentliche Störungen des Wirtschaftslebens eintreten durch Fortfall der Zufuhren an Brennstoffen vom Niederrhein. Die luxemburgische und die lothringische Eisenindustrie werden mangelnd dieser Zufuhren zum Erliegen kommen. Da in diesen Gebieten über die Hälfte der Bevölkerung in der Eisenindustrie beschäftigt ist oder von ihr lebt, werden katastrophale Folgen entstehen durch Arbeitslosigkeit und Unruhen jeder Art. Die unangenehme überraschende Räumung hat bereits eine Reduktion der Wagengestellung für die Zechen des Ruhrgebietes auf die Hälfte und für die Hochöfen- und Eisenindustrie auf ein Drittel zur Folge gehabt. Bei so geringer Wagengestellung ist es ausgeschlossen, Sendungen an die linksrheinischen Gebiete vorzunehmen. Soll eine wirtschaftliche Katastrophe in Luxemburg und in den elsass-lothringischen Gebieten, ganz abgesehen vom übrigen linksrheinischen Gebiet, abgewandt werden, so muß die Wagengestellung um wenigstens 2500 Wagen täglich erhöht werden, um die dringend notwendigen Brennstoffe der luxemburgisch-lothringischen Eisenindustrie zuzuführen. Soll aber ein geordneter Betrieb im gesamten linksrheinischen Gebiet überhaupt aufrecht erhalten werden, so muß die Wagengestellung um mindestens 4000 Wagen täglich erhöht werden.

Die verbündeten Regierungen und Amerika stehen vor der Frage, ob sie an dem unbrauchbaren kurzen Räumungstermin festhalten und dabei insbesondere in den luxemburgisch-lothringischen Eisengebieten katastrophale Zustände hervorrufen oder ob sie eine angemessene Verlängerung der Räumungsfrist beschließen wollen.

Entschließen sich die verbündeten Regierungen und Amerika im Interesse der Menschlichkeit und in Wahrung der Interessen der ihr anvertrauten Gebiete zu einer angemessenen Fristverlängerung, so kommen sie dadurch außerdem in die Lage, das lothringisch-luxemburgische Eisenetz dem niederrheinischen Industriegebiet anzuführen. Die luxemburgisch-lothringischen Eisengruben würden ihre Belegkapazitäten beschäftigen und den Betrieb voll aufrecht erhalten können.

Gleichzeitig würden durch die notwendige Ergänzende Arbeitslosigkeit und schwere Betriebsstörungen am Niederrhein, besonders auf der rechten Rheinseite vermieden werden. Treten aber erst nach Räumungen in den rechtsrheinischen Gebieten ein, so ist bei einem wirtschaftlichen Zusammenhang ein Ubergreifen auf das linksrheinische Gebiet unausweichlich. Dies sollte die oft erwähnten Mächte im Allgemeinen wie im eigenen Interesse unter allen Umständen vermeiden und zu diesem Zwecke eine Verlängerung der Räumungsfrist um 15 Tage umsetzen bewilligen.

Nach Mitteilung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa erklärte die Genner, daß sie es ablehnen, russische und

rumänische Kriegsgefangene im Westen aufzunehmen oder zu empfangen. Sie verlangen deren Abzug nach dem Osten. Bei dem völligen Mangel an Beförderungsmitteln wird diese Stellungnahme von zahlreichen Kriegsgefangenen als große Härte der Verbände empfunden werden.

Ferner wird gemeldet: Bei den Waffenstillstandsverhandlungen ist von dem generellen Verhandlungsleiter auf deutsche Anfrage klar ausgedrückt worden, daß sich das Requisitionrecht der Besatzungstruppen im besetzten deutschen Gebiete lediglich auf Gegenstände bezieht, die für den Unterhalt der Besatzungstruppen erforderlich sind und solche Requisitionen durch Vermittlung der deutschen Lokalbehörden erfolgen sollen.

Der „Kaffin“ schreibt über den deutschen Heißzug zur Erlangung einer Wiedergabe der Waffenstillstandsbedingungen: Man darf nicht glauben, daß in demselben Augenblick, in dem Deutschland einen Alarmknoten vor der zunehmenden Anarchie ausstößt, seine Kräfte in den neutralen Ländern ihre Tätigkeit entfalten und bolschewistische Ideen verbreiten, vor denen sie sich angeblich in Berlin fürchten.

Die Uebergabe der U-Boote.

Einer der Juben von der Uebernahme der ersten Staffel unserer U-Boote zurückgekehrten Teilnehmer berichtet über die Abgabe der Boote an die englischen Seestreitkräfte folgendes:

Die U-Boote wurden an dem mit dem englischen Flottenchef verabredeten Punkte von vier englischen Kreuzern und etwa 15 Besatzern aufgenommen. Neben dem einen Kreuzer stand ein Hesseballon, ferner war eine Anzahl Luftschiffe und Flugler anwesend. Die Boote wurden nach dem Ankerplatz geleitet; dort kamen englische Besatzungen an Bord, unter denen muster-gültige Disziplin und Ordnung herrschte. Das Verhalten der Engländer war ernst und korrekt. Das Gleiche gilt von dem Auftreten der Bevölkerung, die sich in großer Zahl am Ufer eingefunden hatte. Überall Ordnung, Ruhe und Schweigen. Nach erfolgter Uebergabe der Boote im Hafen wurden die deutschen Besatzungen auf englische Torpedobootzerhörer gebracht; auch hier war der Eindruck des Verhaltens der Besatzungen der gleiche. Sie übten gegenüber den deutschen Matrosen äußerste Zurückhaltung. Die deutschen U-Boots-Besatzungen wurden auf unsere Begleitschiffe gebracht und traten sofort die Heimreise an.

Auslieferung der deutschen Hochseeflotte.

Am 21. November wurde die deutsche Hochseeflotte einem englischen Geschwader, dem sich amerikanische und französische Schiffe beigesellt hatten, östlich der Insel Wight ausgeliefert. Sie bestand aus 5 Schlachtkreuzern, 9 Schlachtschiffen, 7 leichten Kreuzern und 90 Torpedobootzerhörer unter dem Kommando des Konteradmirals von Reuter. Ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und ein leichter Kreuzer sollen später nachgeliefert werden. Ein leichter Kreuzer lief auf eine Mine und sank. Die englische Flotte eskortierte die deutschen Schiffe nach der Räumung des Firth of Forth, wo sie vorläufig bleiben, bis sie nach Scapaflow weitergeführt werden.

Politische Uebersicht.

Eine Banterotterklärung.

Der Unabhängige Ausschuh für einen Deutschen Frieden erläßt folgende Erklärung:

Der Unabhängige Ausschuh für einen Deutschen Frieden fand sich zusammen in dem Gedanken, die Auffassung zur Geltung zu bringen, daß die Sicherung deutscher Zukunft nur möglich sei durch Wahrung deutscher Macht. Er hat sein Ziel nicht erreichen können. Die Gründe darzulegen, verbietet sich zur Zeit; vielleicht ist es in nicht allzu fernem Zukunft angezeit.

Somit das bezeichnete Ziel in Frage kommt, stellt der Ausschuh seine Tätigkeit ein; er glaubt aber dem Vaterlande zu dienen, wenn er die Anschauungen, die seinem Streben zugrunde liegen, weiter vertritt und zu verbreiten vermag. Es gehört ihnen die Zukunft.

Ich habe mich selbst gemeldet im Sturm, der den Willen auslöschte, der den Menschen hinabreißt zur Pein, dem Pfiff des Herrn gefällig. Das ist der Triumph des Krieges. Deine Augen sind meine Augen. Ich sehe nur, was du gesehen hast. Ueber mir rast die Menschheit, und ich kann sie nicht hindern. Willen werden gleich mir. Der Krieg hat ihnen ihre Menschlichkeit herausgerissen aus den herrlichen Leibern, daß sie in Stürmen über die Erde und sich nicht mehr erkennen in ihrem Willen. Willen sind zerbrochen in göttlichen Hirnen. Ininstanz gerichtet. Das ist die Drossel des Krieges. Ich will meine Verantwortung befürken aus der Uniform, daß sie Menschen aufrecht vom Tode, die sich selbst gemeldet haben, wie ich es getan in dir.

Kann ich es denn? Ich, der ich geirrt bin? Ich will aufstehen und die Menschheit rufen, daß sie sich erkenne. Kann ich denn rufen? Meine Stimme klingt nicht, denn ich habe meinen Hals durchstoßen, als ich dich durchstieß. Ich hätte es gekonnt, die ich mich zum letzten Male sah. Gibt es noch Menschen, die nicht gestorben sind am Kriege? Leben noch Menschen? Mein Leib will leben. Er weiß nicht, daß er tot ist. Das ist der Wahnsinn des Krieges, daß er entsetzte Menschen wider einander setzt. Niemand lebt, der sich getötet. Und sie töten einander alle, wie ich es getan.

Warum hast du deine blauen Augen noch einmal aufgehoben, du, der ich töte? Ich will aufstehen und kann es nicht. Gibt es noch Menschen, die leben können, wie ich es getan hätte, wäre dein Kopf nicht hinübergefallen? Warum hast du deine blauen Augen noch einmal aufgeschlagen?

Wer den Krieg will, hat sich selber nie gesehen. Ich bin mir zu spät begegnet.

Western abend, zwei Stunden ehe er gestorben ist, hatte er gebeten, man möche ihn hinaustragen aus dem großen Krankenzimmer. Er wollte die Menschen nicht sehen. Als man ihn in sein Sterbezimmer hinübertrug, hoben ihn die Wärter zufällig gegen den Spiegel. Ganz zufällig. Er hat sich gesehen. Dann schlossen sich seine Augen. Zum ersten Male in der ganzen Zeit und zum letzten.

Walter Hasenclever: „Der Sohn.“

Erstaufführung in den Kammerspielen. Am manachischen Deutschland hat man Hasenclevers Jugenddrama nicht anders als vor geladenen Gästen spielen dürfen. Nach der Berliner Fassung verweist die „Anschauung“ revolutionärer Gedanken von der öffentlichen Bühne. Inzwischen ist ihm wohl

Es kann den alldeutschen Annerkennung, die hinter dem Unabhängigen Ausschuh stehen, nicht verwehrt werden, zu glauben, daß ihnen die Zukunft geböre. Wichtig ist jedoch, daß das unabweisbare Bekenntnis des völligen Scheiterns seiner Bestrebungen, schade, daß der Ausschuh die Gründe seines Scheiterns nicht dargelegt hat. — Inherliche Hindernisse standen dem jedenfalls nicht im Wege. Da die Herrschaften im Unabhängigen Ausschuh, die mit dem Walle die ganze Welt eroberten, sonst nicht an übermäßiger Zurückhaltung litten, kann ihr jetziges Schweigen nur als Produkt tödlicher Verlegenheit angesehen werden. Die Herrschaften wollen für einige Zeit von der Bildfläche verschwinden und ihre Tätigkeit einstellen. Das Proletariat trant aber heute diesen Viedermännern ebensowenig wie zu der Zeit, wo sie an der Vorbereitung der letzten Katastrophe arbeiteten. Es wird keinen Augenblick vergessen, wenn es sein Unglück zu verdanken hat, und wird den Schuldigen die Verantwortung nicht erlassen.

Vorbereitungen zu einer Gegenrevolution?

Der frühere bayrische Kronprinz ist, nach einer Meldung der „Münch. Post“, nach Eger abgefahren, wo Besprechungen mit Vertretern des alten Systems in Deutschland und Oesterreich erfolgen sollen. An den Beratungen, die dort gepflogen werden, beteiligen sich auch einige kirchliche Würdenträger, ein Kardinal und ein Bischof, mit großem Eifer.

Man wird gut tun, auf diese gegenrevolutionären Maßnahmen ein wachsames Auge zu haben.

Die Konservativen für Demokratie und Republik.

Auch Herr von Hedlich und Reulrich, der alte frei-konservative Führer, steht in der „Post“ in die Einigungstropfen: Unbeschadet der Frage, wie sich nach Herstellung geordneter Rechts- und Parteiverhältnisse die verschiedenen rechtstehenden Gruppen dauernd organisieren würden, erweise es als ein dringendes Gebot der Stunde, daß die rechtstehenden Parteien sich wenigstens während der Wahl einheitlich auf einer gemeinsamen politischen Grundlage organisieren. Das Wünschenswerte dabei ist, daß nach dem Herrn Octavio von Hedlich und Reulrich sich diese neue Organisation dann „unumwunden auf den Boden der Demokratie und der Republik“ zu stellen habe. Ja, das Aktionsprogramm dürfe auch eines starken sozialen Einschlags nicht entbehren.

Herr von Hedlich ist aber auch so liebenswürdig, zu betonen, daß dieses Programm nur dazu dienen solle, den Gedanken einer proletarischen Union- und Vorbereitung mit Erfolg zu bekämpfen. Und nur, „wie die Dinge jetzt liegen“, hält er den starken sozialen Einschlag für unentbehrlich.

Sollte es den Herrn gelingen, wieder einmal die Gewalt in die Hände zu bekommen, so würde man sich beilen, den Boden der Demokratie und Republik wieder zu verlassen, und würde auf den sozialen Einschlag herzlich wenig Wert legen.

Die Zustände in Polen.

Nachdem die wilden Gerüchte über Unruhen in der Provinz Posen bereits widerlegt wurden, gibt jetzt der Provinzialsekretär von Gericke, der im Auftrage des Staatsministers nach Posen gefahren war, eine eingehende Darstellung seiner Erfahrungen. Er äußerte sich zu einem Vertreter von Wolffs Telegraphenbureau wie folgt:

In den ersten Tagen nach dem 8. November sind allerdings an verschiedenen Stellen, namentlich an der Grenze, gewisse Ausschreitungen vorgekommen. Sie haben jedoch niemals einen bedrohlichen Umfang angenommen oder längere Zeit andauert. Durch gütliche Verhandlungen ist es in den meisten Fällen gelungen, die Ordnung wiederherzustellen. Seit dem 13. d. M. ist von Unruhen überhaupt nichts mehr zu melden.

Die Tätigkeit der A- und S-Mäße vollzieht sich in den meisten Orten ordnungsgemäß und dient zur Befriedigung der Bevölkerung. Die A- und S-Mäße arbeiten auf politischer Grundlage. In den meisten Mäßen überwiegen die Polen. Doch

ins Zeitlose, und erhöht und vollendet von sich aus den weltlichen Umsturz des einen Sohnes zur Revolution aller Söhne.

In Ernst Deutsch hat Hasenclever einen Schatzkammer gefunden, der diese Ausweitung der Gestalt ins Ueberlebensgroße vollbringt. Ernst Deutsch bricht die Schranken, die den „Sohn“ von den Söhnen trennen, und wirft sich auf zum Prophezen der Jugend. Seine Stimme klingt vom Kosmos und er trauert dem Menschlichen nicht nur dort, wo Hasenclever die Rede ins Allgemeine und zum Alltäglichen, aus der Enge des Besonderen erlösen Werke steigert. Paul Wegener ist und bleibt der brutale Vater-Scheintrat, meistlich in Worte und Könnung der Worte; aber auch kaum zu Ende des Dramas, als er vor der erlöbten Waffe des Sohnes am Schlagstein steht, ist er Vater, ist er Mensch-Anmensch. Weniger noch ist „das Arden“ der Elise Heims hinausgerückt über das Maß der Substanz, und noch weniger die Dure Adrienne (Gertrud Weidert), die ein Freudenmädchen darstellt, hält in sich alle Freudenmädchen zu vereinen. Werner Kraus als „der Freund“ kommt Ernst Deutsch am besten noch nahe.

Hasenclever selbst spielt mit. Ob er sich die Nebenrolle des Fürst Scheitel selbst genommen hat oder ob man sie ihm gab, er wäre besser hinter der Kulisse geblieben. Schauspielerisches Talent läßt sie nicht entfallen, und es ist schade, wenn sich der Dichter zur Schau stellt, nur damit ihn die begreifen, gegen die sein Werk zu Reide giebt.

Die Regie hat nichts getan, um dem „Sohn“ zu nützen, was des Sohnes ist. Sie hat sich mit viel Liebe den Einzelheiten zuwendet und sie kann, hat sie zu tun. Die Regie hat auch Ernst Sterns Bühnenbilder nicht ändern. Das Spiel vor Vorhängen wäre dem Stück gerecht geworden, aber man kann sich bei Max Reinhardt nicht von Requisiten trennen und von allzu naturalistischem Gelehr. Während die Geistes, losgeriß vom Einzeldasein, im Rückzug stehen, muß man durch ein Fenster eine beleuchtete Landschaft beobachten. Nicht man eine „italienische Nacht“, entsetzt sich über Gardinen, die stöckel bel und wieder dunkel geworden, und bewegt sich über die Treppe oder eine spanische Wand. Sind Vorhänge nicht Kulisse genug?

Hasenclever hat im „Sohn“ den Prolog der Revolution geschrieben, deren Voraussetzung immer die innere Wandlung der Jugend ist. Ein Prolog zu der Zeit, die und jetzt kündigt. Darum reißt uns auch Hasenclever mit sich fort, aber er bricht doch kaum mehr aus den Bergen los als die Schafschur nach der Erfüllung, die diesem Wortwort folgen muß, wenn er wirklich der Dichter seiner Zeit ist.

Kann im allgemeinen Gebilde in diesen Mäten ein harmonisches Zusammenarbeiten beider Nationalitäten festgestellt werden.

Die Lebensmittel-Ausfuhr nach dem Westen ist nur vorübergehend in einzelnen Fällen und Stößen geraten. Der Polnische Volksrat hat in einem Aufsatze die polnischen Landwirte aufgeföhrt, ihren Vorkriegspflichten nachzukommen.

Die Befürchtung, daß schon jetzt die Polen den Beschlüssen des Friedenskongresses vorgreifen würden, erscheint unbegründet. In seinem Aufsatze vom 15. d. M. erklärt der Polnische Volksrat ausdrücklich, daß der Friedenskongreß die Westgrenze Polens festzusetzen habe.

Zum 3. Dezember hat der Polnische Volksrat Wahlen zu einem „Teilgebiets-Parlament“ ausgeführt. Diese Wahlen sollen dem Volksrat, der bisher kein ausdrückliches Mandat der polnischen Bevölkerung besitzt, ein solches verschaffen. Sie beziehen sich nicht auf bestimmte Gebiete, sondern auf alle in Deutschland wohnenden Polen, soweit sie in polnischen Vereinen organisiert sind. Der Zweck des „Teilgebiets-Parlament“ ist es nicht, vorzeitige staatsrechtliche Entscheidungen zu treffen.

Das Mißtrauen der Polen gegen die Deutschen ist unaußersparbar groß. Sie haben z. B. die Veröffentlichung, wonach die beliebenden Gesetze vorläufig in Kraft bleiben sollen, dahin aufgefaßt, daß auch alle antipolnischen Gesetze weiter gehandhabt werden sollen. Jede Maßnahme der Regierung, die die letzte Auffassung durch die Tat widerlegt, wird außerordentlich berühmend auf die Stimmung der Polen wirken.

Im allgemeinen ist der Eindruck festzustellen, daß die Polen sich schon jetzt voll verantwortlich für die Zustände in den überwiegenen von Polen bewohnten Landesteilen fühlen. Sie bemühen sich deshalb, die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Versorgung nach dem Besten nicht zu unterbinden.

Uebertriebene Befürchtungen!

Ueber die Ansichten der Uebervandlungswirtschaft und die derzeitigen Vorgänge sprach gestern Justizminister Tim in der Münchener Gesellschaft für soziale Reform, deren Vortragsabend der Vorsitzende er ist. Er sagte u. a.: „Treib vorwärts die Vaterlandspartei des Coburg-Exils des Arztes bis zum Untergang unseres Volkes. So beinahe uns jetzt Extreme von links in schwere Gefahren. Ohne Rücksicht auf die Volkswirtschaft und die Methoden der russischen Bolschewismus und Deutschen zum Verderben werden mühen, der bei die Politik, mit allem Nachdruck vor ihrer Anwendung zu warnen. In Russland ist der Notstand seit der einjährigen Herrschaft des Bolschewismus schlimmer als unter dem Zarismus. Daraus müssen wir lernen, und müssen uns gegen jede Anwendung bolschewistischer Methoden in Deutschland auf das Entschiedenste wehren.“

Was die Ernährungsverhältnisse betrifft, so müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß wir noch schlimmere Zeiten durchzumachen haben. Würden die Räden der deutschen Ernährungsorganisation durch eine innerliche Auflösung gerissen werden, so würde das die allergrößte Katastrophe bedeuten. Das deutsche Volk will endlich den langersehnten Frieden. Den kann es nicht erhalten, wenn es zu einer inneren Auflösung kommt. Besonders an die Berliner Bevölkerung müssen wir die Mahnung richten, nicht durch wahnwitzige Experimente den Abbruch des Friedens zu verzögern oder gar zu verhindern. Werden in Berlin Versuche mit der sogenannten Diktatur des Proletariats gemacht, versucht man es dort, die bolschewistischen Methoden auf Deutschland anzuwenden, so wird damit das Interesse des ganzen Reiches auf das ernsteste gefährdet. Es kann auch niemand ein Interesse daran haben, daß sich Deutschland in einzelne Staaten auflöst. So bald wie möglich müssen im Reich wie in den Bundesstaaten durch ordnungsmäßige Wahlen Volksvertretungen geschaffen werden, die die Versorgung des Reiches und der Bundesstaaten festlegen.

Wir halten solche Neuerungen für grundsätzliche Uebertreibungen. Kein Arbeiter denkt in Berlin daran, das, was die Leute „bolschewistische Methoden“ nennen, nach Deutschland zu übertragen.

Rundgebungen von N.-u.S.-Räten.

Darmstadt, 22. November.

Der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat behält in der heutigen Volksversammlung nachstehenden Anspruch an alle süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu senden:

Der Hessische Arbeiter-, Bauern und Soldatenrat verlangt im Einverständnis mit der hessischen Regierung, von der Reichsregierung, die umgebende Einberufung der Nationalversammlung, die allein eine wirksame Vertretung des deutschen Volkes darstellt. Er lehnt die Diktatur irgendwelcher Klassen ab. Der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat bittet die süddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und die norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die gleiche Meinung sind, gemeinsam mit dem Hessischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat von der Reichsregierung abgesehen zu verhandeln. Der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß im Falle, daß die Reichsregierung die Nationalversammlung nicht baldigst einberufen kann und die Diktatur in Berlin aufkommen sollte, die süddeutschen und gleichgesinnten norddeutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte gemeinsam mit den Regierungen die Einberufung der Nationalversammlung in einer süddeutschen Hauptstadt veranlassen sollen.

Kassel, 22. November.

An der Reichstagsfeier wurde nachstehendes Telegramm geschickt:

„In der gestrigen Sitzung des Soldatenrates der 4. Armee erklärten Delegierte, daß die Fronttruppe eine Bergbewältigung politischer Natur durch den Terror nicht zulasse. Die Front bietet alle Kräfte auf den geordneten Rückmarsch durchzuführen. Sie steht geschlossen auf dem Boden des Regierungsprogrammes des Reichstagses. Es erwartet sofortige Einberufung der Nationalversammlung und weist jedwede bolschewistische Idee entschieden zurück.“

Vorkum, 22. November. Der Soldatenrat der Festung Vorkum hat in einer Eingabe an die Reichsregierung sofortige Einberufung eines permanenten Delegiertenkongresses aller Arbeiter- und Soldatenräte von Deutschland und Deutschösterreich vorgeschlagen. Der Kongreß soll als Ersatz des bisherigen Reichstages und als Vorparlament zur Nationalversammlung die notwendige Rechtskontinuität herstellen. Jeder Arbeiter- und Soldatenrat hat zwei Delegierte, ein Mitglied des Arbeiter- und ein Mitglied des Soldatenrates zu entsenden. Auf diese Weise soll eine Ausdehnung der Arbeiter- und Soldatenräte vermieden und ein Mitarbeiter des ganzen Reiches, soweit es die Verhältnisse zulassen, erreicht werden. Die Einberufung soll binnen drei Tagen nach Beendigung erfolgen.

Nachträgliches zur Eugenburg-Verammlung.

Man schreibt uns:

In der Versammlung, welche von der Sozialdemokratie am 21. November in den Passagen-Zeitungen in Neu-Ban veranstaltet wurde, sprach Rosa Eugenburg über die Revolution, ihre Festigung und über den Bolschewismus.

Nach einer Beleuchtung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Deutschland sprach sie auch über die russische Revolution, über die sie allerdings keine präzisen Mitteilungen, sondern nur Andeutungen machte.

In der Diskussion zeigten sich die meisten Redner auf den Standpunkt der Referentin, daß das Proletariat unbedingt alle irgendmögliche Maßnahmen (Entscheidung des Bürgerturns von der politischen Macht durch restlose Uebnahme aller Verwaltungsgeschäfte und von der ökonomischen Macht durch ungestörten Beginn der Sozialisierung) zu ergreifen habe, um die deutsche Revolution zu sichern und wirklich zur Durchführung zu bringen.

Alles, was bisher geschehen sei, sei nur ein Vorspiel und habe die ökonomische Macht des Bürgerturns unangestastet gelassen.

Während man sich im Prinzip mit der maximalistischen Idee einverstanden erklärte, wurden von einigen Seiten Anfragen an die Referentin gerichtet, welche sich mit der Praxis des Maximalismus, mit den Erscheinungen der russischen Revolution befaßten.

Die Referentin wurde gefragt, ob ihr bekannt sei und ob sie es billige, daß die russische bolschewistische Regierung Maßnahmen gegen den Willen der Mehrheit des russischen Proletariats (nicht des Volkes) durchgeführt habe, daß im revolutionären Rußland die Pressefreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit unterdrückt seien, daß das Attentat gegen Irtisch durch Tötung von 312 Personen verurteilt worden sei, daß die Konstituante, weil sie keine bolschewistische Mehrheit aufwies, aneinandergeraten wurde, daß in Rußland das primitive Recht eines freien Arbeiters, nämlich das Streikrecht, aufgehoben sei, uhm.

Es war deutlich zu erkennen, daß diese Anfragen auf die amwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen großen Eindruck machten, da die Mehrzahl antwortend nur über die Theorie des Maximalismus, nicht aber über die Praxis der russischen bolschewistischen Revolution unterrichtet war.

In ihrem Schlußwort erklärte Rosa Eugenburg, daß sie bei einer etwaigen Uebnahme der Regierungsmacht durch die deutschen Maximalisten es ablehne, irgendwelche Maßnahmen gegen die Mehrheit des Proletariats (nicht des Volkes) gutzuheißen.

Auf die übrigen Anfragen blieb sie die Antwort schuldig. Sie bemerkte lediglich, daß die deutschen Arbeiter, welche sich mehr als vier Jahre lang zum Werkzeug der Reaktion und zum Polizeistat gegen die Revolution haben gebrauchen lassen, kein Recht darauf haben, die Maßnahmen der russischen Revolution zu kritisieren, auch wenn sie gelegentlich etwas zu weit nach rechts oder nach links gegangen sein soll; eine solche Kritik stünde nur einem internationalen Forum zu.

Diese ausweichenden Antworten sind bezeichnend, und bezeichnend ist auch, daß die Genossin Eugenburg die bloßen Anfragen als eine Kritik an der russischen Revolution aufgefaßt hat. Die Versammlung bewies deutlich, daß im deutschen Proletariat noch erhebliche Unklarheit über die Praxis des russischen Bolschewismus erforderlich ist.

Groß-Berlin.

An die Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Am die Wünsche der Genossen in den Betrieben zu prüfen und zu regeln, hat der Volkstagrat des A. und S. Rates eine besondere Kommission aus seiner Mitte eingesetzt.

Der Bericht dieser Kommission wird im Laufe des 23. November dem Volkstagrat vorgelegt und schnellstens veröffentlicht werden.

Die Genossen werden daher dringend ersucht, die Ruhe zu wahren.

Der Volkstagrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
g. H. Kollmann. Müller.

Die Verstaffung der Feuerwehr.

Es ist eine alte Forderung der sozialdemokratischen Stadtverordneten, daß die Feuerwehre eine städtische Einrichtung sein muß. In vielen Städten ist das auch der Fall. Berlin macht eine räuberische Ausnahme. Berlin hatte die Ehre, die Kosten für die Feuerwehre vollständig zu tragen, dafür hatte die Stadt aber nicht das Mindeste zu sagen. Die Feuerwehre in Berlin war königlich, genau wie die Polizei königlich war; sie war unterstellt dem Minister des Innern. Die Berliner Feuerwehre war an das Reichspräsidentium angegliedert. Man betrachtete die Wehre nicht lediglich als eine Einrichtung, um die städtische Einwohnerschaft vor Feuergefahr zu schützen, sondern man wies ihr auch sicherheitspolizeiliche Aufgaben zu. Wegen den „inneren Feind“ sollte die Feuerwehre eine Hüstruppe sein. Damit ist es nun aus. Der „innere Feind“ ist jetzt auf anderer Seite. Aber wir brauchen zu seiner Niederhaltung nicht die Feuerwehre. Wenn die Stadt jährlich 4 Millionen für die Kosten der Feuerwehre bezahlt, muß sie auch das Bestimmungswort erhalten. Das ist einfach selbstverständlich. Dem dürfen nunmehr Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Damit wird auch der Zustand verschwinden, wie er bis heute bei der Feuerwehre noch herrscht. Die Organisation ist eine militärische. Eine fast unbeschränkte Herrschaft über die Branddirektion aus. Ueber die Eigenmächtigkeiten, die er sich herausnimmt, hat man bisher immer nur im engeren Kreise von Stadtverordneten gesprochen.

Dann aber hielten die Offiziere sich ihre Ordnungen, die in Wirklichkeit das Amt eines Dienstboten derselben mühen. Dieser Mißstand ist in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wiederholt geäußert worden, allerdings ohne rechten Erfolg. Jetzt wird man auch den Feuerwehrlenten eine größere Bewegungsfreiheit und Mitbestimmungsrecht einräumen müssen. Mit der Selbstständigkeit des Herrn Branddirektors und der Offiziere muß es endlich ein Ende haben. Die Verstaffung der Feuerwehre ist der rechte Weg hierzu. Ein Antrag liegt dem Berliner Magistrat bereits vor. Schwierigkeiten stehen ihm heute nicht mehr entgegen.

Kriegsblindenheimspende statt Schadenersatz.

Eine Kontantin war von einem Berliner Seidenhaus zum Antritt an einem bestimmten Tage verpflichtet worden. Sie trat auch ihre Stellung pünktlich an und wurde gleich am ersten Tage damit beauftragt, ein kleines Ballet abzugeben. Sie machte zwar die Besorgung, kam aber am nächsten Tage nicht wieder, weil es ihr nicht paßte, Solengänge zu betreiben. Die Firma, die getrieben vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts Klage auf Schadenersatz gegen die vertragsbrüchig gewordene Kontantin erhob, ließ durch ihre Vertreterin hervorheben, daß es sich bei dem Weg, den die Angestellte zu machen hatte, zufällig um eine kleine Besorgung handelte, die höchstens alle vier bis sechs Wochen einmal zu erledigen sei. Sonst wäre die Beklagte nie zu Solengängen benutzt worden. Die Kontantin hingegen meinte, wenn schon eine Stellung damit begänne, daß man zu Gängen benutzt würde, dann müsse manjenliche Lust zum Weiterarbeiten verlieren.

Das Kaufmannsgericht war der Auffassung, daß die Angestellte wegen der einen kleinen Besorgung nicht gleich hätte die Plinie ins Korn werfen müssen. Sie durfte nicht einfach fortblieben und die Firma in der Zeit der Personalmangel im

Stich lassen. — Da es sich um ein unbemitteltes Mädchen handelt und andererseits der Firma nur daran liegt, das Prinzip zu wahren, so empfahl der Vorsitzende, Justizrat Dr. Arnheim, letztere möge sich damit begnügen, wenn die Kontantin 15 Mark als Buße denjenigen, die das Theater, das Kapuzenklöster in diesem Kriege verlassen haben, zuführt. Der Vorsitzende fand beiderseits Annahme, so daß die Vergleichssumme dem Kriegsblindenheim zufließt.

Ueber die Neuernennung des Reichspräsidenten Polizeipräsidenten wird uns berichtet: Der bisherige Polizeipräsident Wehner ist vom A. und S. Rat zur Disposition gestellt worden. An seine Stelle ist ein vom A. und S. Rat ernannter Polizeipräsident ernannt worden, der aus den Herren Herzog, König und Fesler besteht. Auch sämtliche Polizeioffiziere sind mit dem Polizeihauptmann zur Disposition gestellt worden. In den einzelnen Polizeirevieren üben vom A. und S. Rat ernannte Reviervorsteher die Tätigkeit der früheren Polizeileutnants aus. Ueberall findet ein gleichberechtigtes Zusammenarbeiten der unabhängigen Mehrheit und der Soldaten statt.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin erläßt einen Aufruf an die Arbeitgeber, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Alle staatlichen und städtischen Betriebe und die gewerblichen Betriebe der Industrie und des Handels sowie auch alle privaten Auftragsgeber werden dringend ersucht, Aufträge an den städtischen Vermittlungsstellen der Stadt Berlin, Gormannstr. 13, zu richten, da die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeitslosen besonders durch die heimkehrenden Krieger sich täglich stark vermehrt. Der Arbeitsnachweis ist auch telefonisch am Nordend 11 040-48, 3791-97, 3602-92, 9764 zu erreichen.

Eine freie Vereinigung Deutscher Filmbauarbeiter ist am Vortage ins Leben gerufen worden. Der Zusammenschluß bezweckt Wahrnehmung ihrer gesamten Interessen, Verbesserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt sowie korporativen Anstoß an die gründende Gemeinschaft der in der Filmbauindustrie künstlerisch betätigten Angestellten.

Einleitung der heimkehrenden Krieger in die Kinematographenbetriebe. Der Verband zur Wahrung gemeinsamer Interessen der Kinematographie und verwandter Branchen E. B. hat in seiner letzten Vorstandssitzung folgende Entschlüsse gefaßt: Es wird beschlossen, allen Unternehmern der Branche zur unerlässlichen Pflicht zu machen, Angestellte, die bei Kriegsausbruch bei ihnen in Stellung waren, nach ihrer Rückkehr wieder einzustellen.

Volksmarine-Diskussion. Wie der Volksmarinerat von Groß-Berlin erklärt, haben unangenehme Elemente sich der Marineuniform zur Vertuschung unantwörter Handlungen bedient. Um den guten Ruf der Marineoffiziere zu wahren, warnt der Volksmarinerat jeden, der nicht dazu berechtigt ist, Marineuniform anzulegen. Auseinandersetzungen werden von ihm auf das Strengste geahndet werden.

Symphoniekonzerte für Soldaten. Auf Anregung des Volkstagrates des Arbeiter- und Soldatenrates finden jeden Mittwoch und Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im Völkchen-Saal, Schwanstraße 76, für die in Berlin weilenden Soldaten große Symphoniekonzerte des Völkchen-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Paul Scheinpflog bei freiem Eintritt statt. Die Karten sind zu haben in der Buchhandlung des „Völkchens“, Lindenstraße 8, und in der Theaterabteilung der Kommandantur, Charottenstraße 48. Das erste Konzert ist heute nachmittag.

Letzte Nachrichten.

Das neue belgische Ministerium.

Amsterdam, 22. November. Nach den hiesigen Blättern ist das neue belgische Kabinett folgendermaßen zusammengesetzt: Ministerpräsident de la Croix, Neuhäuser Paul Dubois, Justiz van der Velde, Inneres de Broqueville, Kunst und Wissenschaften Jaspers, Kolonien Grand, Ederbau Dermgink, Industrie Anseele, Eisenbahn Renkin, Ernährung Weverth, Krieg Rafton oder Janson.

Zwei Mitglieder des Kabinetts, Vanderveelde und Anseele, gehören der sozialdemokratischen Partei an.

Judenverfolgungen und kein Ende.

Konstan, 22. November. Göttinger Zeitungen berichten über Judenpogrome in Galizien. In den letzten zwei Wochen haben in einer großen Zahl galizischer Städte und Ortschaften Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung stattgefunden. Die in Krakauer Zeitung „Kampf gegen die Juden“ veröffentlichten Pogrome betrafen in Olizowa, Towra, Orzysko, Jowachow, Jowozno, Rielie, Korawica, Kosmodow, Strizow, Szegawo, Tzabina, Pator, Tarnow, Gortier, und vielen anderen Orten. In allen diesen Städten und Ortschaften wurden viele Juden mißhandelt und zum Teil getötet, und überall sämtliche jüdischen Läden und viele Privathäuser geplündert. Die jüdische Bevölkerung aller dieser Städte ist gezwungen worden, sie zu verlassen, und befindet sich in einer furchtbaren Lage. Die Ausschreitungen gehen überall von der polnischen Bevölkerung aus. Die polnische Miliz und die Regimenter verhalten sich vollkommen passiv, zum Teil haben sie sich an den Ausschreitungen beteiligt; in manchen Städten haben sie die dort gebildete jüdische Selbstwehre vorher entwaffnet. Die Erregung in der galizischen Judenheit ist außerordentlich groß. Von verschiedenen Seiten sind bereits Telegramme an Wilson und neutrale Staaten abgegangen mit der Bitte um Intervention.

Reaktionäre Treiberen in Oesterreich.

Wien, 22. November.

Die Blätter befaßen sich eingehend mit den Erklärungen der christlich-sozialen Parteipresse, in denen auf den Widerstand der deutsch-österreichischen Alpenländer gegen die zentralistische Wiener Regierung hingewiesen und betont wird, daß die Alpenländer eher an dem deutsch-österreichischen Staatsverband austreten, als sich zu Forderungen herabdrücken lassen werden.

Während die Arbeiterzeitung die Auslassungen der Parteipresse als absichtlich zu Exzessen von christlich-sozialer Seite fabrizierte Entstellungen der tatsächlichen Lage in den Alpenländern bezeichnet, sehen andere Blätter in diesen Mitteilungen das Vorbild zu einer Schwelung der Vertreter der westlichen Alpenländer infolge tiefgehender Gegensätze zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kreisen.

Besonderen Widerstand findet die sozialdemokratische Bewegung, für ganz Deutsch-Oesterreich eine gemeinsame Wahlliste für die Konstituante aufzustellen und hierdurch einen einzigen Wahlbezirk zu schaffen. Gegen dieses Wahlverfahren wenden sich christlich-sozialer und deutsch-nationale, was wahrscheinlich zu Vereinigungen dieser Parteien führen wird.

Die Blätter ermahnen angesichts dieser Unstimmigkeiten alle Parteien, sich in ihrem Programm Selbstbestimmungen aufzuerlegen, um den Zusammenschluß Deutsch-Oesterreichs in Ordnung zu bringen, und der Entente keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Reitzel, Berlin, Mittelstr. 10. Druck der Universitäts- und Verlagsdruckerei, m. b. H., Schöneberg, 12.